

Ganzjährig . . .	6 fl. — fr.
Halbjährig . . .	3 „ — „
Vierteljährig . . .	1 „ 50 „
Monatlich . . .	— „ 50 „

Ganzjährig . . .	9 fl. — fr.
Halbjährig . . .	4 „ 50 „
Vierteljährig . . .	2 „ 25 „

Für Anstellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayr & S. Wamböck).

Für die einbaltige Petitzeile 3 fr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 fr. dreimal à 7 fr.

Inserationsstempel jedesmal 30 fr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Rom und die konfessionellen Gesetze.

Eine der interessantesten Partien des Rothbuchs betrifft die Verhandlungen mit Rom. Die Altentstücke unter dieser Rubrik beweisen, daß gewisse Dinge nur in Oesterreich möglich sind. Nur bei uns geht eine derartige Opposition, wie sie Graf Crivelli und Baron Mehsenbug gegen ihren Minister konsequent durchführten, straflos hin. Nur bei uns darf ein fremder Gesandter es wagen, in dem Tone des Nuntius Falcinelli gegen die Gesetze des Landes zu protestiren, ohne auf der Stelle seine Pässe zugeschiedt zu erhalten. Am 25. Mai erfolgte die Sanktion der konfessionellen Gesetze und schon am 26. überreichte dieser den nachfolgenden Protest:

„Angeichts der Thatfachen von äußerster Wichtigkeit, die in Oesterreich vor sich gehen, erfüllt der Unterzeichnete eine gebieterische Pflicht, indem er dem Baron Beust die gerechten Beschwerden des heiligen Stuhles auseinandersetzt.“ Folgt nun ein Rückblick auf die Entstehung des Konkordats und das alte Eosisma, daß dasselbe, weit entfernt, der nichtkatholischen Bevölkerung Oesterreichs zu nahe zu treten, im Gegentheil die erste Ursache der Bewilligung der weiter gehenden Freiheiten an dieselben gewesen sei, als die Katholiken sie durch das Konkordat genießen. So sei denn auch das Konkordat 1855 mit einstimmigem Jubel begrüßt worden — mit alleiniger Ausnahme jener ewigen Feinde des Christenthums, deren Bosheit ihre Unwissenheit übersteigt — und heute sei die Lage dieselbe, wie die, mit mehreren Hunderttausend von Unterschriften bedeckten Petitionen um Aufrechthaltung des Konkordats beweisen. Demgemäß sei das Konkordat bestimmt gewesen, dem Staate größere Dienste zu leisten, als der Kirche. Aber wie dem auch sei, es sei ein beiderseits freiwillig eingegangener Vertrag, dem Se. Majestät „mit sei-

nem k. k. Worte für sich und seine Nachfolger“ Kraft verliehen habe. Wie groß sei daher der Schmerz des heiligen Vaters gewesen, als er erfahren, daß das jüdeithanische Ministerium offen Projekte begünstige, die den Grundbestimmungen des Konkordats diametral zuwiderlaufen. „Wenn die Gründe, die man anführt, um die dem Reichsrathe vorliegenden Gesetze zu vertheidigen, jemals die Welt beherrschen sollten, so müßte man auf jeden Gedanken an Recht und Gerechtigkeit verzichten. Die Nothwendigkeit anrufen! aber die Nothwendigkeit, um die es sich hier handelt, ist eine gewachte, deren Anzettelung das blindeste Auge wahrnehmen kann. Ueberhaupt sagt schon der heilige Augustin: „Besser alle Art Bedrängniß erleiden, als eine einzige Ungerechtigkeit begehen“ — und das gegebene Wort brechen, ist eine Ungerechtigkeit. Die Nothwendigkeit anrufen! das heißt die Willkür zum Grundsatz erheben und die heiligsten, unverletzlichen Verpflichtungen dem Spiele der Winde preisgeben! Sich auf die Veränderungen berufen, die sich im Reiche vollzogen haben! das heißt alle Verträge illusorisch machen und ihre Verletzung dem Belieben eines einzelnen Kontrahenten anheimgeben!“

Nun kommt eine Ausführung, warum denn diese Veränderungen alle anderen Traktate unberührt lassen, und nur das Konkordat umstoßen sollen? Welch' tiefbeträgenwerthes Argument, daß auch andere Staaten die mit ihnen abgeschlossenen Konkordate gebrochen! Wenn zur Rechtfertigung eines Aktes genügt, daß sich Präzedenzen dafür finden lassen, dann gebe es keine schuldbeladene Handlung mehr: aber daß sei eine für Völker wie Regierungen verhängnißvolle Lehre! Wenn historische Beispiele in dieser Krisis einen Werth für Oesterreich hätten, so möge es sich erinnern, daß die meisten Regierungen, die dem heiligen Stuhl ihr

Wort gebrochen, sich in Unruhen gestürzt, bis sie nach traurigen Erfahrungen das ihrem Land angehängte Unrecht durch aufrichtige Verständigung mit der Kirche zu sühnen gesucht. „Das ist eine Geschichte, die sich seit achtzehn Jahrhunderten abspielt und den vorübergehenden Leidenschaften und Anforderungen des Augenblicks gegenüber den Gesetzen der ewigen Gerechtigkeit den Triumph sichern sollte!“

Das Konkordat sei freilich nicht unabänderlich; aber die Ereignisse in Oesterreich verlegen nicht bloß das Konkordat — sie widersprechen den Fundamental-Prinzipien der Religion und den heiligsten Gesetzen der Kirche. Das Ehegesetz ist einem Lande entlehnt, welches dasselbe der blutigsten Periode seiner Geschichte dankt und für das es immer eine der unzertrennlichsten Unheilsquellen gewesen. Ewig wird die Kirche das Prinzip, welches alle Bestimmungen des neuen Gesetzes befecht, zurückweisen: „Der Staat kann sich keines Gesetzesgebungs- und Jurisdiktionsrechts nicht begeben.“

Das ist nicht bloß ein Bruch des Konkordats, „es ist eine Profanirung des Ehesakramentes und eine Beleidigung der göttlichen und kirchlichen Gesetze.“ Das Schulgesetz muß die Gewissen vom zartesten Alter an dem religiösen Indifferentismus, dem furchtbarsten Unheil unserer Zeit, überliefern. Um die Religion lehren zu dürfen, braucht der Klerus nicht erst auf die Erlaubniß des Staates zu warten: Die Pflicht erfüllt er im Namen Gottes und der Kirche. Das interkonfessionelle Gesetz ist die Ergänzung der vorangehenden und verletzt die Rechte und Gesetze der Kirche in der Revers- und der Friedhofsfrage, sowie in den Anordnungen über die Sonntagsfeier, „welche in beträgenwerther Weise den Standal der Sonntags-Entheiligungen vermehren. Alle diese Maßregeln entspringen einem

Fenilleton.

Neueste Erforschungen über Sternschnuppen.

Die Theorie der Sternschnuppen hat in der letzten Zeit gewaltige Fortschritte gemacht. Die regelmäßige Wiederkehr der zahlreichen Sternschnuppen im August und November hatte seit lange die Aufmerksamkeit der Forscher auf sich gezogen. Zahlreiche Beobachtungen sind über dies merkwürdige Phänomen gemacht. Man hat mit Aufmerksamkeit die Abweichungen studirt, welche die Zahl der Sternschnuppen in ein und demselben Zeitintervall darbietet, sowohl in den verschiedenen Stunden der Nacht, wie in den verschiedenen Epochen des Jahres. Man hat ferner die Richtung der Bewegung dieser Sternschnuppen geprüft und erkannt, daß sie nicht regellos von allen Punkten des Himmels, sondern von einer Reihe bestimmter Punkte herzukommen scheinen, die man mit dem Namen der Strahlungspunkte belegt und ihrer Lage nach bestimmt hat. Endlich kam man dahin, eine merkwürdige Ähnlichkeit zu

finden zwischen den Kometen und den Sternschnuppen, eine Ähnlichkeit, in Folge deren die Sternschnuppen fortan als sehr kleine Kometen angesehen werden müssen, welche durch den Raum in Gruppen und Haufen dahinziehen, und die wir nur wahrnehmen, wenn sie nahe an unserer Erde vorüberziehen.

Diese Idee, die Sternschnuppen mit den Kometen zu identifiziren, ist bereits von mehren Gelehrten ausgesprochen, am klarsten von Schladni im Jahre 1819. Da sie jedoch durch keine genügende Thatfache gestützt werden konnte, blieb sie im Bereiche der Hypothesen. Schiaparelli aus Mailand hat nun in ganz unerwarteter Weise Licht über diese Verhältnisse verbreitet, zunächst in einer Reihe von Briefen, die er vom August 1866 bis zum Februar 1867 an den Vater Secchi gerichtet, dann in einer besonderen größeren Abhandlung, welche den Memoiren der Akademie zu Modena einverleibt ist.

Coulvier-Gravier hatte vor mehr als 20 Jahren gefunden, daß die beobachteten Sternschnuppen in jeder Nacht gewöhnlich um so zahlreicher werden, je weiter die Nacht gegen den Morgen vorgerückt ist. Die mittleren Zahlen der in den einzelnen Nachtstunden gefundenen Sternschnuppen wachsen regel-

mäßig, und vermehren sich in 12 Stunden bis auf das Doppelte.

Dieses Ergebnis der Beobachtung nahm Schiaparelli als Ausgangspunkt für seine Untersuchungen und schloß daraus, daß die Sternschnuppen in Wirklichkeit Geschwindigkeiten besitzen, die sich vergleichen lassen mit der Geschwindigkeit eines aus den Fernen des Weltraumes kommenden Kometen. Und nachdem er diese Anschauung gewonnen, berechnete er weiter die Wirkungen, welche ein großer Himmelskörper, wie die Sonne oder ein Planet, auf einen Haufen kleiner Körperchen ausübe. Auf diese Weise hat Schiaparelli gefunden, daß die Sonne den Haufen in einen parabolischen Schwarm verwandeln kann und daß ein Planet, in dessen Nähe der Schwarm vorüberzieht, aus demselben einen elliptischen ringsförmigen Strom machen kann. Sich dann weiter auf die Angaben stützend, welche aus der Beobachtung der Strahlungspunkte der Sternschnuppen in so großer Anzahl vorliegen, hat der Mailänder Astronom die Bahnen berechnet, welche die beiden Schwärme, der des August und der Novemberschwarm durchlaufen, und gefunden, daß die Bahn des Augustschwarms mit der des großen Kometen vom Jahre 1862 zusammenfällt.

Systeme, dessen anti-katholische Tendenzen nur zu bekannt sind." Nachdem jedoch die Gesetze die kaiserliche Sanktion erhalten, bleibt der Kirche nichts übrig, als feierlich zu protestiren und, indem sie diese peinliche Pflicht erfüllt, zu konstatiren, daß die Verantwortlichkeit für alle diese Vorgänge in keiner Weise dem heiligen Stuhl zur Last gelegt werden kann.

Am 30. Mai erwidert Baron Beust dem Runtius auf diese Verwahrung, die an Heftigkeit ihresgleichen sucht: er habe den Protest dem Kaiser vorgelegt und sei von Sr. Majestät ermächtigt worden, folgendes zur Kenntniß Sr. Exzellenz zu bringen: Der Baron Meysenbug sei bereits nach Rom abgereist und der Kaiser hoffe, Se. Heiligkeit werde mit gewohnter Vorfeligkeit und Gerechtigkeit die der Kurie zu unterbreitenden Erklärungen entgegennehmen, den Schwierigkeiten der Situation Rechnung tragen und der unabänderlichen Fingebung Sr. Majestät für die Person des Pontifex maximus sowie für die Interessen der katholischen Kirche versichert bleiben. Den Frieden mit der Kirche zu erhalten, ihr jene Unabhängigkeit zu sichern, deren sie zur Erfüllung ihres hohen Berufes bedarf, das sei der feste Entschluß des Monarchen. Deshalb enthalte Baron Beust sich, die Erwägungen des Protestes zu diskutieren, um alles zu vermeiden, was als neues Element der Verbitterung dienen könnte: nur habe er sich eine Pflicht daraus gemacht, den Protest des Runtius zur Kenntniß des Fürsten Carlos Auersperg zu bringen.

Von den Delegationen.

Peft, 25. November.

Nach Authentifizirung des Protokolls der letzten Sitzung und Anmeldung der Einläufe, darunter ein Dankschreiben des Obersthofmeisters der Kaiserin für die Beglückwünschung zu deren Geburtstage, reicht Baron Beust die Regierungsvorlage in Betreff der Pensionirung der Botschafter, Ministerpräsidenten und subalternen diplomatischen Beamten ein.

In der Generaldebatte über den Finanzausschußbericht für das Budget des Ministeriums des Aeußern nimmt Fürst Schwarzberg das Wort und sagt: In der neunten Depesche des Rothbuches wird unter den nicht wegzuleugnenden Gefahren das Widerstreben der einflussreichen privilegierten Stände erwähnt. Redner bedauert, daß in der zur Information des Auslandes bestimmten Depesche eine ganze Gesellschaft angeklagt wird; es seien individuelle Gegensätze, politische und nationale Parteien vorhanden, nicht aber das Widerstreben eines privilegierten Standes, oder eines solchen, dessen Mitglieder in großer Anzahl im Lager der Regierung sind. Redner legt Verwahrung gegen diese Beschuldigung ein.

Peters in Altona hat dann seinerseits gefunden, daß die Bahn des Novemberschwarms mit der eines andern Kometen übereinstimmt, den Tempel in Marseille im Anfange des Jahres 1866 entdeckt hatte. Seitdem hat man gewichtige Gründe gefunden für die Annahme, daß der Haufen der Sternschnuppen vom 10. Dezember im Raume dieselbe Ellipse beschreibt, wie der eigenthümliche Biela'sche Komet, und daß dieselbe Beziehung existirt zwischen dem Haufen vom 20. April und dem ersten Kometen des Jahres 1861.

Es ist nicht nöthig, weiter auf die Details einzugehen in Betreff des merkwürdigen Zusammenhangs zwischen den Sternschnuppen und den Kometen. Das, was wir eben erwähnt, reicht hin, um sofort einzusehen, daß Schiaparelli, der diesen Zusammenhang außer Zweifel gesetzt, einen ganz neuen Weg eröffnet hat, der die Astronomen zu den wichtigsten Schlüssen über die Konstitution des Weltalls führen wird.

Die Akademie der Wissenschaften hat daher in der heutigen öffentlichen Sitzung den 18. Mai den Direktor der Mailänder Sternwarte Schiaparelli den astronomischen Preis, bestehend in der Medaille der Lalande'schen Stiftung, zuerkannt.

Baron Beust erwidert, daß im Gegentheil die Zustände in dieser Depesche schonend behandelt wurden.

Berichterstatter Baron Eichhoff bemerkt, auch ihn habe diese Stelle unangenehm berührt. Es mache den Eindruck, daß, um Einzelne zu schonen, man den Tadel auf Viele ausdehnte.

Titel 1 wird in der Generaldebatte angenommen. In der Spezialdebatte stellt Rechbauer bei Post „geheime Auslagen“ den Minoritätsantrag, dem Ministerium des Aeußern für diese Post nur 350.000 fl. zu bewilligen. Eine Regierung, die im Sinne der vernünftigen Majorität des Volkes vorgehe, brauche nicht geheime Mittel; allein diese Anschauung ist in Europa nicht maßgebend; unsere moralischen Anschauungen sind praktisch nicht durchführbar. Nachbarstaaten, äußerlich freundlich gesinnt, legen geheime Mienen, die aus Herz der Monarchie reichen. Man sei daher gezwungen, den Dispositionsfond zu bewilligen. Derselbe sei auch ein Vertrauensbeweis für die Regierung.

Redner findet es staatsrechtlich nicht gerechtfertigt, daß der gesammte Dispositionsfond dem Minister des Aeußern in die Hand gelegt werde, indem auch die Landesminister daran Theil haben. Es müsse der Landesverwaltung vorbehalten bleiben, ob sie für die Landesregierung einen Dispositionsfond bewilligt. Wenn der Minoritätsantrag angenommen wird, sei er bereit, für das Kriegsministerium für geheime Auslagen 20.000 fl. und für die Marine 10.000 fl. zu bewilligen.

Pratobevera erinnert, daß Minister Berger die Erklärung abgegeben habe, die Landesminister werden keine Forderung für den Dispositionsfond stellen, daß also die Landesminister mit dem Reichsminister im Einverständnis sein müssen.

Demel spricht für den Antrag Rechbauers und bemerkt, daß von dem ungarischen Landesministerium keine ähnliche Erklärung abgegeben wurde.

Hock, für den Auschußantrag, sagt, geheime Auslagen sind zum Zwecke der Vertretung nach Außen, gehören daher in die Hand des Ministeriums des Aeußern. Es ist nicht nöthig, daß durch die Bewilligung geheimer Fonds an die Landesminister ein Mittel geschaffen werde, um einen Grad des Vertrauens für sie auszudrücken; hiezu dient die Bewilligung von Krediten.

Figuly, für den Minoritätsantrag, sagt, er wolle nicht die Reduktion, sondern nur eine Vertheilung des Dispositionsfonds an die verschiedenen Ministerien. Der Kriegsminister habe in der Sektion erklärt, er sei nicht in der Lage, eine Interpellation vollständig zu beantworten, weil ihm Dispositionsgelder für Informationen fehlen.

Baron Beust billigt Rechbauers Ansicht, daß Dispositionsgelder nicht benötigt werden sollten. Die Verwaltung derselben ist keine Annehmlichkeit und bedürfe die Regierung eines großen Vertrauens, um sie zu übernehmen. Wenn es in Europa zu einer moralischen Desarmirung kommen wird, werde man solche Fonds nicht bedürfen. Die Nothwendigkeit von Dispositionsgeldern liegt in äußeren Verhältnissen, daher der Minister des Aeußern allein kompetent zur Verwaltung derselben sei. Es sei eigenthümlich, daß man den Landesministern Dispositionsgelder aufdringen wolle, um sie durch deren Bewilligung mehr in der Hand zu haben. Die Benrühigung über eine Einflußnahme des Wiener Ministeriums auf das ungarische ist neu, bisher wurde immer das Ungarische befürchtet.

Dies in Erwägung zu ziehen, sei Sache der ungarischen Delegation. Wenn der Dispositionsfond nicht in einer Hand konzentriert werde, sei zu befürchten, daß die Anforderungen wachsen und aus der Verwendung Verwirrungen oder sogar gegenseitige Bekämpfung entstehen. Im übrigen habe er immer den Dispositionsfond den übrigen Ministern zur Verfügung gestellt, wenn er von der richtigen Verwendung derselben überzeugt wurde.

Bei der Abstimmung wird der Majoritätsantrag angenommen. Für den Minoritätsantrag stimmten nur Rechbauer, Figuly, Groß, Merlisch, Demel und Greuter.

Bei Titel 2 stellt Rechbauer den Antrag, daß die Gesandtschaften in Sachsen, Württemberg, Ham-

burg und Portugal aufzulassen und Geschäftsträger einzuführen seien. Kuranda weist in schwungvoller Rede nach, daß jetzt, wo Oesterreich alles aufbietet, um die durch den letzten Krieg verminderte Machtstellung zu erhöhen, eine Reduktion der diplomatischen Vertretung nicht geboten sei. In Bezug auf Portugal stimme er Rechbauer bei, da der dortige Vertreter nichts leistet.

Groß unterstützt Rechbauers Antrag und spricht für die Auflassung des römischen Botschafterpostens.

Greuter antwortet. Er verspricht, sich nicht in einen Konfessionsstreit einzulassen. Er ergeht sich in Rekriminationen gegen das Rothbuch. Redner erklärt, daß die österreichischen Vertreter in Rom nichts leisten konnten, da die bestimmten Instruktionen, die sie mitnahmen, unausführbar waren. Ist es denn mit uns in Oesterreich schon wirklich so weit gekommen, daß die Regierung es als Sieg betrachten würde, wenn sie den heiligen Vater dazu brächte, seine eigene Namenszeichnung zu verleugnen? Er wolle für Gesandte, denen man ähnliche Instruktionen mitgebe, keinen Groschen bewilligen.

Schindler wünscht nicht, daß diese Kämpfe von jenseits der Leitha herübergetragen werden in ein Land, das glücklicherweise ähnliche Kämpfe nicht kennt. Jenseits der Leitha sehen wir uns wieder. Er danke dem Leiter des Ministeriums des Aeußern, daß er den römischen Geschäftsträgern ganz bestimmte Instruktionen gegeben. Bisher hatten wir Botschafter, die uns herausfagten, was man in Rom wolle; es ist gut, daß wir auch Botschafter haben, die hinein sagen, was wir wollen. Die Kirche werde mit diesen Thatsachen rechnen, wie mit allem seit dem westfälischen Frieden.

Figuly spricht für die Streichung des Botschafterpostens in Rom.

Baron Beust erwidert auf alle Einwendungen und wendet sich zuletzt gegen Greuter: Von dieser Seite habe man gewollt, daß die Verhandlungen kein Resultat haben. Das Ministerium erwartete auch keinen Zweck von den Verhandlungen, aber es wollte den diplomatischen Bruch mit Rom vermeiden, und das hat es erreicht.

Bei der Abstimmung wird auch Titel 2 in der General- und Spezialdebatte, Titel 3, 4 und 5 ohne Debatte angenommen.

Schluß der Sitzung um 3 Uhr. Morgen um 11 Uhr ist die nächste Sitzung.

Das neue Volksschulgesetz.

Aus dem Entwurfe des neuen Volksschulgesetzes, welches im Unterrichtsministerium zur Vorlage ausgearbeitet wird, dürften folgende Bestimmungen von Interesse sein: Die Lehrer an den Lehrer-Bildungsschulen befolgt das Reich, die übrigen die Gemeinde mit Beihilfe des Landes, eventuell des Reiches. Für die Ausbildung der Lehrer sorgt das Reich allein; das Ziel der Volksschule bleibt im wesentlichen das bisherige: religiöse und sittliche Erziehung und Unterricht in den für das alltägliche Leben nothwendigen Kenntnissen. Die Schulen sind entweder Elementar- oder Bürger Schulen. In jeder Volksschule werden auch Naturgeschichte, Geographie und Geschichte gelehrt; in der Bürger Schule außerdem noch mehrere andere Gegenstände. Die höheren Schulen haben bis sechs Klassen. In den Sonntagsschulen wird im Winter sechs, im Sommer vier Stunden lang Unterricht erteilt. Die Lehrer-Bildungsschule hat vier Jahrgänge, für Lehrerinnen zwei. Der Präparant bekommt ein Zeugniß der Reife und wird Unterlehrer oder provisorischer Lehrer, nach zwei Jahren — nach bestandener Prüfung — wirklicher Lehrer. Ein Landesgesetz bestimmt das Ausmaß und die Art der Entlohnung; doch gilt der Grundsatz: Unterlehrer und Lehrer erhalten so viel Gehalt, daß sie ohne Nebenbeschäftigungen auskommen können und daß der Lehrer eine Familie erhalten kann. Welche Nebenbeschäftigungen der Lehrer übernehmen darf, bestimmt ein Landesgesetz. Den Lehrer kann der Ortschulrath ermahnen, der Kreis schulrath bestrafen, der Landeschulrath des

Dienstes entheben. Dieser letztere bestätigt ihn nach drei Jahren tadelloser Führung im Dienste. Wenn der Lehrer wöchentlich mehr als 30 Stunden lehrt, hat er Anspruch auf Vergütung dafür. Alle definitiv angestellten Lehrer und Unterlehrer in den Bürger- und höheren Mädchenschulen, sowie auch ihre Wittwen und Waisen bekommen eine Pension wie Reichsbeamte. Die als Unterlehrer zugebrachte Dienstzeit wird eingerechnet. Die Lehrerstellen verbleibt derjenige, der sie erhält; die Verleihung unterliegt aber der Bestätigung des Landes Schulrathes. Provisorische Lehrer bestellte der Kreis Schulrath. Die Unterrichtssprache bestimmt nach dem Antrage desjenigen, der die Schule erhält, der Landes Schulrath. Veränderungen in derselben sind nur alle 5 Jahre zulässig. Unterrichtsstunden gibt es in den Elementarschulen wöchentlich mindestens 18, höchstens 24, in den Bürger- und höheren Mädchenschulen mindestens 22, höchstens 28.

Die Lage der Polen.

In Galizien scheint sich in den letzten Tagen ein bedeutender Umschwung in den Beziehungen selbst der extremen Partei zur Regierung vollzogen zu haben. Das Wort „Verständigung mit den Nationalitäten“, welches auch in unseren politischen Kreisen vielfach umgeht, scheint innerhalb der polnischen Partei bereits einen bestimmten inhaltvollen Ausdruck erlangt zu haben. So erklärt es sich, daß das weitgehendste Oppositionsblatt „Gaz. Nar.“ plötzlich sich einen Brief aus Posen, der Hauptstadt von Preussisch-Polen, schreiben läßt, worin den galizischen Polen gesagt wird, daß ihr Schicksal im österr. Systeme ein beneidenswerthes im Verhältnisse zur Lage und Aussicht der preussischen Polen sei. In dieser Posener Jeremiade heißt es, daß, während die galizischen Polen um Erzielung einer gewissen Landesautonomie kämpfen, die unter preussischer Herrschaft lebenden Polen, obwohl sie doch ebenfalls eine genug große und bevölkerte Provinz bilden, in den Strudel des preussischen Organismus mit hineingezogen wurden, ohne jegliche Widerrede dagegen erheben zu dürfen. Die Preußen glauben sich bemüßigt zu der Mission der Kreuzritter, und wie man uns ehemals germanisiren wollte im Namen des christlichen Glaubens, so will man uns jetzt im Namen deutscher Zivilisation zum größeren Ruhme Preußens germanisiren. Früher galt es ihnen, uns mit ihnen kirchlich zu verschmelzen, jetzt wollen sie uns dem Deutschthum einverleiben. Die Stellung unserer Abgeordneten in Berlin ist ganz verschieden von der der galizischen Deputirten in Wien. Unsere Abgeordneten, schwach an der Zahl, sind nicht einmal im Stande, irgend welchen Einfluß auf die parlamentarischen Verhandlungen auszuüben, umsoweniger die Interessen des Landes zu wahren. Die preussische Regierung hat auf alle Petitionen und Interpellationen tausend Auslegungen und Ausreden in Bereitschaft und nicht selten geschieht dies mit den ärgsten Sarkasmen und mit beißendster Ironie. Um die geringste Kleinigkeit müssen die weitgehendsten Debatten gehalten werden, und die Regierung tritt nur dann auf, wenn das Unrecht, das uns betroffen hat, allzu schreiend ist, und auch dann nur, wenn die Beseitigung desselben nicht hindernd für den Plan der Germanisirung Posens ist. Das Land ist überzeugt, daß nur durch vereinte Kräfte möglich ist, den preussischen Bestrebungen entgegenzuarbeiten. Zum Schlusse ruft der Posener Korrespondent der „G. N.“ aus: Ist Euer Loos in Oesterreich nicht beneidenswerth? Während Ihr Politik treibt, müssen wir nicht selten um das nöthige Brot kämpfen, während ihr an der Vollendung Eures politischen Organismus arbeitet, sichten wir dahin, indem uns die Grundlagen desselben fehlen!

Aus Spanien

meldet der Telegraf das Auftauchen karlistischer Banden. Doch konstatiert derselbe deren Bedeutungs-

losigkeit. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß diese Unvorsichtigkeit der Karlisten der Republik nur noch mehr Aussicht macht.

In den Pariser politischen Kreisen ist die Ueberraschung groß darüber, daß Don Karlos in dem karlistischen Manifeste seinen Anhängern empfehlen läßt, überall für den royalistischen Kandidaten, gleichviel welcher Färbung, gegen den republikanischen zu stimmen, was deutlich beweist, daß der Herzog von Madrid keinen einzigen seiner Mitbewerber um die Krone und nur die republikanische Partei fürchtet. Nicht minder sonderbar ist die Erscheinung, daß von den drei nun vorliegenden spanischen Wahlmanifesten, dem demokratischen (Diozaga), dem republikanischen und dem karlistischen, gerade dasjenige der konservativsten von allen diesen Parteien, das der Karlisten, den Entschließungen der Volksvertretung am wenigsten vorzugreifen sucht; im Gegentheil beschränkt sich das ganze Programm des Don Karlos darauf, die aus freier Abstimmung hervorgegangene Cortes über alle Verfassungsfragen allein entscheiden zu lassen. Da der Herzog von Madrid nicht plötzlich ein Demokrat vom reinsten Wasser geworden ist, so liegt der Rückschluß nahe, daß er darauf rechnen zu können glaubt, es werde aus dem allgemeinen Stimmrecht eine royalistisch-kerikale Majorität hervorgehen. Ist der Prinz über die in Spanien herrschende Stimmung schlecht unterrichtet oder sind es die Madrider Staatsmänner, welche sich in verhängnißvollen Illusionen wiegen? Darüber wird die nächste Zukunft zu entscheiden haben. In den Hauptstädten scheint auf alle Fälle die republikanische Partei täglich Fortschritte zu machen; noch jetzt wird dem Siecle aus Barcelona telegrafirt: „Die große Mehrheit der Einwohner von Barcelona spricht sich durch das Organ der Klubs für die föderative Republik und gegen die Koalition der Unionisten, der Progressisten und einer Fraktion der Demokraten aus.“

Politische Rundschau.

Waidach, 29. November.

Alle auf die Ausgleichsverhandlungen mit den Czechen abzielenden Gerüchte werden von der gestrigen „Wiener Abendpost“ dementirt.

Bei der am 25. d. M. stattgefundenen Hof Tafel — so läßt sich das „Br. Tagbl.“ aus Pest telegrafiren — äußerte der Kaiser zu dem Delegirten Schindler, die Situation in Europa, wie sie gegenwärtig bestehe, könne unmöglich lange andauern; die Zeit für eine ausgiebige Herabminderung der Militärbudgets müsse bald eintreten. Es wird ferner erzählt, der Kaiser habe zu Kaiserfeld gesagt, das Militäroratorium sei dringend nothwendig, im Extraordinarium möge man streichen. Zu Schindler sagte der Kaiser: „Sie waren uns feindlich beim Wehrgesetz, hoffentlich werden Sie es beim Budget gut machen.“ Zu den Polen sagte der Kaiser: „Ich danke für ihre regierungsfreundliche Haltung“; zu Greuter, daß derselbe mit dem Amendement zum Wehrgesetz, betreffend die Ehen der pensionirten Offiziere, einen schlechten Dienst erwiesen habe. Mit Kuranda sprach der Kaiser über den Wiener Gemeinderath und drückte sein Beileid über den Tod Zelinka's aus. Die Kaiserin sagte zu Kuranda, daß sie sich freue, zu Weihnachten wieder nach Wien zurückzukehren.

Die Debatte über das Nationalitäten-gesetz hat im ungarischen Reistaga begonnen. So viel steht fest, daß das Elaborat der Zentralsektion keiner Partei im Hause gefallen mag. Deak hat sich in Folge dessen veranlaßt gesehen, einen wesentlich modifizirten Gesetzentwurf einzubringen, der wohl auch die spärlichen Vertreter der nichtmagyarischen Nationalitäten im ungarischen Unterhause gegen sich hat, aber doch (wie Wiener Blättern gemeldet wird) die Stimmen der mit den Nationalitäten gern kokettirenden Linken für sich gewann. Man dürfte deshalb nicht fehl gehen, wenn man behauptet, daß Deak bemüht war, so weit es sein magyarischer Standpunkt erlaubt, den berechtigten

Forderungen der übrigen Nationalitäten gerecht zu werden; andererseits werden voraussichtlich die bekannten Agitatoren die Einmüthigkeit der magyarischen Parteien zu ihren Zwecken ausbeuten, indem sie sagen, daß, wo es sich um die Sprachenfrage handle, die Ungarns Eines, d. i. feindlichen Sinnes wieder die anderen Nationalitäten sind. Das Gesetz über die Gleichberechtigung der Nationalitäten, ist wohl so viel wie angenommen; ob aber die Agitation darin nicht noch mehr Anlaß zu Hysterien finden wird, ist kaum zweifelhaft. Der ungarische Reichstag steht vor einer der schwierigsten Fragen, die er noch behandelt hat. Im Interesse unseres Verfassungslebens wäre zu wünschen, daß ihm die Lösung glücke.

Während ein Pariser Blatt den Charakter des neuen österreichischen Rothbuchs dahin bezeichnet, daß es „süß für Preußen, sauer für Rumänien und sauer für den Papst sei,“ während man in Paris so weit geht, zu behaupten, das Berliner Cabinet habe von dem Inhalte des Rothbuchs vor dessen Erscheinen Kenntniß gehabt, indem Herr v. Beust es dem preussischen Kabinete früher mitgetheilt habe, prasselt die „Kreuzzeitung“ urplötzlich ein kongrevisches Feuerwerk gegen dieses Rothbuch ab, daß einem völlig hören und sehen vergeht, und daß man sich unwillkürlich fragt, ob man denn noch deutsch lesen und verstehen könne, da man hierzulande von all' den Dingen, welche die „Kreuzzeitung“ arsfindig macht, in den betreffenden Aktenstücken auch nicht ein Sterbenswörtchen entdeckt hat. Der Telegraf theilt den Inhalt des merkwürdigen Artikels der „Kreuzzeitung“ mit, der die Baden voll „nationaler Begeisterung“ nimmt und Nord- und Süddeutschland zum Kampfe aufruft, weil Baron Beust Preußen mit dem Verluste von Alfen und Düppel bedrohe, wenn es nicht bald mit Dänemark über die Frage der Grenzberichtigungen ins Reine komme, während doch Baron Beust an den österreichischen Gesandten in Berlin ausdrücklich schreibt, daßer die Wichtigkeit begreife, welche Preußen in der Grenzregulirungsfrage dem „strategischen Momente“ zuschreibe. Der telegrafische Auszug des berührten Artikels lautet: „Wir wissen nicht, wie weit Freiherr von Beust durch eine andere Macht berechtigt ist, eine derartige Sprache zu führen; dessen möge man in Wien und überall gewiß sein, daß ein durch das Festhalten Preußens von Düppel und Alfen hervorgerufenen Krieg in Norddeutschland dieselbe Aufbietung der Staats- und Volkskraft hervorrufen würde, wie die im Jahre 1813 und 1815. Auch in Süddeutschland, glauben wir, würde ein solcher Krieg das Nationalgefühl entflammen. Nicht Preußen provoziert zum Kriege, sondern der würde es thun, welcher uns zur Herausgabe unseres rechtmäßigen Eigenthums, zur bedingungslosen Preisgebung der deutschen Nationalität zwingen würde.“

Zur Tagesgeschichte.

— Se. Majestät hat während seines jüngsten Aufenthaltes in Gödölle häufige Jagdausflüge unternommen, wobei der Kaiser in der Regel bloß von dem Gödölle Oberförster begleitet war. Während der letzten Anwesenheit in Gödölle wurden im dortigen Jagdgebiete bei 50 Hirsche, zahlreiche Füchse, dagegen sehr wenige Hasen erlegt. Der letzte Hirsch, den Se. Majestät schoß, war ein prachtvoller Zehnder.

— Mit einem Präsidialerlasse fordert der Reichskriegsminister die Truppen zur schleimigsten Vorlage einer Nachweisung über den Zustand der im Gebrauche der Mannschaft stehenden und der in den Magazinen deponirten Monturen mit dem Beifügen auf, besonders den Umstand hervorzuheben, ob die „am Leibe der Soldaten befindliche“ Montur noch die Eignung für einen Feldzug habe.

— Am 11. l. M. kippte das österr. Fischerboot „Duffenti“ dritthalb Seemeilen außer Triest in Folge einer Böe um. Die drei darin befindlichen Fischer kletterten sich an den Kiel des Fahrzeuges an und blieben in dieser Lage die ganze Nacht hindurch, während

die Strömung das Boot immer weiter in die offene See trieb. Glücklicherweise kam ihnen des Morgens der von Triest nach Venedig fahrende engl. Dampfer „Kairo“ Kapitän G. Rogers in Sicht, von dem aus ihre Hülfserufe vernommen wurden. Die Schiffbrüchigen fanden nun am Bord des Dampfers Rettung, Nahrung und Kleidung; sie und ihr Boot wurden sofort vom Dampfer selbst wieder nach Triest zurückgebracht, ohne daß der menschenfreundliche Kapitän auf irgend eine Entschädigung Anspruch erhoben hätte.

Vokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

Vokal-Chronik.

(Abschiedsbankett.) Aus Anlaß des Scheidens des Herrn Oberlandesgerichtsrathes Kromer vereinigten sich gestern Abends im Hotel „zur Stadt Wien“ eine Anzahl Freunde und Gesinnungsgenossen desselben zu einem Abschiedsbankette. Dasselbe gestaltete sich zu einem wahrhaft erhebenden Feste, welches sicher allen Anwesenden unvergänglich bleiben wird. Nachdem die Gesellschaft zuerst ein paar fröhliche Stunden in heiterster und ungezwungener Konversation verbracht hatte, ergriff Dr. Suppan das Wort und sprach, an die Ernennung Kromers und die verfassungsmäßige und freiheitliche Gestaltung des Justizwesens anknüpfend, in gebienden und erhebenden Worten einen Toast auf Se. Majestät den konstitutionellen Kaiser. Ihm folgte Dr. v. Kaltenegger, welcher, der vielfachen und großen Verdienste Kromers gedenkend, an denselben warme, wahrhaft tief empfundene Worte richtete, welche der letztere mit einer ernsten, würdigen und alle Anwesenden wirklich erschütternden Ansprache, mit einem herzlichen, ausdrucksvollen Wunsche für das Wohl des Landes Krain und einem Hoch auf die Gesellschaft beantwortete. Die nächsten Redner waren Dr. v. Stöckl, Dr. v. Schrey und Dr. Schaffer, die längere Toaste auf das Ministerium, die Volksvertretung und die Landtagsminorität ausbrachten. Es folgte Deschmann mit einem Toaste auf die Frauen. Dr. Rudolf brachte ein Hoch einer gedeihlichen Entwicklung unseres Gemeinlebens, Formacher trank auf das Wohl aller politischen Gesinnungsgenossen. Wir sind nicht im Stande, die ganze Reihe der Trinkprüche anzuführen, die noch folgten; mehrere der schon genannten Herren, ebenso Samassa, Dr. Lehmann, Berio, Dr. Eisl, Kapretz, Dr. Suppantitsch, Heinricher, Dr. Pfefferer, ergriffen noch das Wort und sprachen bald heitere, bald ernste Toaste, die von der Versammlung mit dem lebhaftesten, ungeheuchelten Beifalle aufgenommen wurden. Erst gegen die zweite Morgenstunde trennte sich die Gesellschaft in der gehobenen Stimmung, im Gefühle, einer Feier beigewohnt zu haben, die gewiß bei allen Theilnehmern den reinsten und ungetrübtsten Eindruck zurückgelassen hat, und freudig bewegt von dem Versprechen, daß der hochverehrte Mann, dessen Scheiden aus unserer Mitte wir eben mit herzlichster Theilnahme bedauern, auch in der Zukunft dem Vaterlande seine Kraft nicht entziehen werde. Schließlich wollen wir nicht verschweigen, daß Küche und Keller vorzügliches lieferten.

(Die Laibacher Musikkapelle) hat bereits ihre Proben im Koliseum begonnen und dürfte zu Anfang Dezember ihr erstes Musikkonzert veranstalten. Bei ihrer Organisation stellte es sich leider heraus, daß Laibach an ausübenden musikalischen Kräften sehr arm sei, daher dieselben anderwärts engagirt werden mußten. Da diese letzteren meist auch andere gewerbliche Beschäftigungen treiben, so würde durch deren gelegentliche Verwendung bei hiesigen Gewerksleuten dem betreffenden Fonde eine wesentliche Erleichterung verschafft werden. Darauf reflektirende Gewerksleute wollen sich diesfalls beim Kapellmeister im Koliseum anmelden.

(Zeitgemäße Aenderung.) In Folge a. h. Entschliebung wurde die Vereinfachung der Titulaturen und des Konzeptstiles für den schriftlichen Dienstverkehr der k. k. Militärbehörden unter einander und mit den Zivilbehörden angeordnet. Die üblich

gewesenen Bezeichnungen „hoch“ oder „löblich“ haben ganz zu entfallen, die Beisätze „gehorsamst“, „diensthöflichst“ u. auszubleiben. „Bestimmtheit, Kürze und Anstand sollen den militärischen Geschäftsstil kennzeichnen.“ Wir hoffen, daß die Wohlthat dieses Verbotes auch den Zivilbehörden zugewendet und so wieder ein Stück des alten Amtszopfes durch den Zeitgeist begraben werden wird.

(Diebstähle.) Der Hausknecht in einer hiesigen Handlung wurde bei einem Gelddiebstahle entdeckt und auch vom Gerichte abgestraft. Nun hat sich noch hinterher herausgestellt, daß derselbe von Zeit zu Zeit Stoffe aus der Handlung zu einer Diebshehlerin trug. Bei der polizeilicherseits vorgenommenen Hausdurchsuchung bei letzterer hat man gestohlenes Tuch und Stoffe im Werthe von mehr als 40 fl. gefunden. — Einem hier durchreisenden Handelsmann aus Tirol wurde von seinem Reisegefährten sein Reisebündel gestohlen, welches dessen ganzes Hab und Gut inklusive des Reisegeldes enthielt. Es ist indessen der Behörde gelungen, des Diebes in Klagenfurt habhaft zu werden, wohin derselbe nach der That abreiste.

(Jagdglück.) Es wird uns gemeldet, daß Herr P. unlängst in seinem Reviere bei Lustthal mit einem Schuß zwei Rehe erlegt habe, wobei als merkwürdig noch zu erwähnen ist, daß die Ladung aus Hasenschrot bestand.

(Heuriger Besuch von Krain-Töply.) Nachdem am 14. November die letzten Kurgäste die Badeanstalt verließen, wurde die diesjährige Saison geschlossen. Es war die lebhafteste, die der Kurort je gehabt, und waren aus den höhern und bürgerlichen Ständen 2045 Personen, also um 125 Personen mehr als im vorigen Jahre hier zum Kurgebrauche anwesend; rechnet man hiezu die Badebesucher aus den niederen Ständen mit 20,011 Individuen, so erreichte die Gesamt-Frequenz von Krain-Töply während der heurigen Saison die Summe von 22,056 Personen. Darunter waren aus Fiume 35, Görz 26, Istrien 21, Krain 1066, Triest 114.

(Aburtheilungen.) In der Woche vom 15. bis 22. d. M. fanden nachfolgende Aburtheilungen beim k. k. Kreisgerichte Rudolfswerth statt: Am 19.: Franz Kerzjanič, 33 Jahre alt, verhehlter Landmann, wegen Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung zu 14 Tagen Arrest, mit 2 Fasttagen in jeder Woche; Anton Kerzjanič, 36 Jahre alt, lediger Landmann, wegen des gleichen Verbrechen nicht schuldig, wohl aber schuldig der Uebertretung der körperlichen Beschädigung und deshalb zu 10 Tagen Arrest mit 3 Fasttagen verschärft; Johann Vidic, 39 Jahre alt, verhehlter Kaiserlicher, wegen Verbrechen des Betruges zu 3 Monaten Kerker, verschärft mit 1 Fasttag in je 14 Tagen; Johann Gorše, 30 Jahre alt, verhehlter Landmann, wegen Verbrechen des Betruges zu 3 Monaten Kerker, verschärft durch 1 Fasttag in je 14 Tagen; Franz Ivanc, vulgo Lašcan, 41 Jahre alt, verhehlter Landmann, wegen Verbrechen des Betruges zu drei Monaten Kerker, verschärft durch 1 Fasttag in je 14 Tagen; Mathias Eppich, 32 Jahre alt, lediger Bagant, wegen Verbrechen des Diebstahls zu 3 Monaten Kerker; Mathias Bucar, wegen Uebertretung gegen die Sicherheit des Eigenthums einbezogen zu 5 fl. Geldstrafe, eventuell ein Tag Arrest. Am 21.: Peter Panian, 28 Jahre alt, verhehlter Hausfirer, wegen des Verbrechen der körperlichen Beschädigung zu 3 Monaten Kerker, verschärft durch 1 Fasttag jede Woche; Josef Eober, 24 Jahre alt, lediger Bauernbursche, wegen Verbrechen des Diebstahls zu 2 Monaten Arrest; Jakob Rozina, 30 Jahre alt, verhehl. Bauer, wegen Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung zu 1 Monat Kerker; Johann Rozina, Genosse des vorigen, zu 1 Monat Kerker, verschärft durch 1 Fasttag in jeder Woche; Johann Gimpl, ebenfalls Genosse, zu 14 Tage Kerker; Martin Jakše, 30 Jahre alt, verhehlter Landmann, wegen Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung zu 14 Tagen Kerker, mit 2 Fasttagen verschärft in jeder Woche. — Schlußverhandlungen in der Woche vom 23. bis inkl. 28. d. M. Am 26.: Franz Papes, wegen Verbrechen des Todtschlages (Hast); Anton Stanisa, wegen Verbrechen der schweren kör-

perlichen Beschädigung. Am 28.: Mathias Kayer, wegen Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung; Marie Zgont wegen Verbrechen des Diebstahls. (Hast.)

Witterung.

Laibach, 27. November.

Zeit gestern Abends Schneefall, die erste bleibende Schneedecke in der Ebene. Ruhige Luft. Temperatur: Morgens 6 Uhr + 0.1°, Mittags + 1.4° (1867 - 1.2°, 1866 + 0.4°). Barometer: 324.02", im langsamem Steigen. Das gefrige Tagesmittel der Wärme + 1.7°, um 0.3° unter dem Normale. Der Niederschlag binnen 24 Stunden 7.2".

Angekommene Fremde.

Am 26. November.

Stadt Wien. Gubig, Baubeamter, Wien. — Karig, Kaufm., Wien. — Fugenegger, Kaufm., Lanzendorf. — Graf Vlagay, Korovis. — Hirschmann, Kaufm., Gr. Kanitscha. — Stobocinig, Gewerksbesitzer, Eisuern. **Elefant.** Musifisch, Kaufm., Esdenber. — Frankel, Kaufm., Brunn. — Palme, Mailand.

Theater.

Heute: Der Statthalter von Bengalen.

Schauspiel in 4 Akten von H. Laube.

Personen: Der Herzog von Grafton, Hr. Stefan. — Lord North, Hr. Vidon. — Lord Westmouth, Hr. Walter. — Lord William Gatham, Hr. Moser. — Lord Adolphus Waterford, Hr. Franzelin. — Sir Richard Blunt, Hr. Mahr. — Sir Philipp Francis, Hr. Bergmann. — Henry Summer, Hr. Parth. — Humphree, Hr. Schrap. — Samson Bloodfall, Hr. Köpfer. — Adam Swinnen, Hr. Müller. — Shaling, Hr. Tähr. — Swepp, Hr. Tanzer. — Morton, Hr. Lunder. — Lady Sarah Waterford, Schwester des Herzogs, Fr. Schmidt. — Miß Julia Grafton, Nichte des Herzogs, Fr. v. Stefany. — Miß Esther Sadville, Fr. Konradin.

Das Wiener

Damen-Konfektions-Geschäft

Mally'sches Haus, Sternallee Nr. 24,

war durch eigene Umstände verhindert, bis jetzt seinen Verkauf zu eröffnen, hingegen wird es nunmehr

Samstag, den 28. November

bestimmt mit dem Verlaufe seiner

Damen-Konfektionen

beginnen.

Das Lager ist mit Jaquets und Mänteln komplett versehen und dürfen wir auf das uns bei unserm letzten Hiersein geschenkte Zutrauen um so mehr rechnen, da wir durch noch solidere Preise gleichzeitig die Räumung unserer Winterartikel bezwecken wollen.

Verkaufsorte: Sternallee Nr. 24, Mally'sches Haus. (136-1)

Wiener Börse vom 26. November.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Geld	Ware
Spec. Österr. Währ.	55.10	55.20	Def. Hypoth.-Bant.	97.— 97.50
etc. v. J. 1866.	60.80	60.90	Prioritäts-Oblig.	
etc. National-Anl.	64.60	64.70	Österr. 100 fl. 5 pEt.	103.25 103.75
etc. Metalliques	59.—	59.10	etc. v. 1866.	225.— 226.—
etc. v. 1854	83.75	84.25	Österr. (100 fl. 5 pEt.)	90.— 90.50
etc. v. 1860, ganz	90.—	90.10	Österr. (200 fl. 5 pEt.)	81.50 81.75
etc. v. 1860, hantl.	97.25	97.75	Österr. (300 fl. 5 pEt.)	83.— 83.50
Premienf. v. 1861	103.50	103.60	Österr. (200 fl. 5 pEt.)	86.75 87.—
Grundentl.-Obl.				
Steiermark zu 5 pEt.	88.50	89.—	Loose.	
Kärnten, Krain			Credit 100 fl. 5 pEt.	144.75 145.—
u. Küstenland 5	84.—	90.—	Don.-Dampfsch.-Ges.	
ungarn . . . zu 5	78.—	78.50	zu 100 fl. 5 pEt.	92.50 93.—
Kroat. u. Slav. 5	78.50	78.75	Triester 100 fl. 5 pEt.	118.— 120.—
Siebenbürg. . . 5	72.25	72.75	etc. 50 fl. 5 pEt.	53.— 55.—
Action.			Österr. 40 fl. 5 pEt.	32.50 33.—
Nationalbank . . .	686.—	687.—	Ersterb. 40 fl. 5 pEt.	160.— 170.—
Creditanstalt . . .	240.60	240.80	Salz . . . 40	41.— 42.—
R. v. Cocompt.-Ges.	658.—	660.—	Ballfy . . . 40	33.— 33.50
Anglo-Österr. Bant.	179.50	180.—	Stary . . . 40	35.50 36.50
Def. Bodencred.-Anl.	202.—	205.—	St. Genesio . . . 40	33.50 34.—
Def. Hypoth.-Bant.	68.50	69.50	Widbichgrub 20	22.50 23.—
Steier. Cocompt.-Bl.	217.—	221.—	Waldstein . . . 20	21.50 22.50
Kais. Ferd.-Nordb.	2000	2005	Regleisch . . . 10	14.50 15.50
Österr. Südwestb.-Bant.	197.—	197.25	Waldschmitt. 10 fl. 5 pEt.	13.50 14.25
Kais. Elisabeth-Bant.	180.75	181.25		
Carl-Ludwig-Bant	214.75	215.—	Wechsel (3 Mon.)	
Siebenb. Eisenb.-Bant.	151.75	152.25	Kugels. 100 fl. südb. W.	98.90 99.10
Kais. Franz-Josef-B.	166.75	167.25	Frankf. 100 fl.	99.— 99.25
Hantl. Pariser C. P.	167.—	167.50	Londen 10 fl. Sterl.	118.10 118.25
Wissl.-Bant. v. 1861	154.50	155.—	Paris 100 Francs	46.90 46.95
Pfandbriefe.				
Nation. 5 pEt. verlosf.	93.20	93.40	Münzen.	
ung. Ob.-Creditanst.	91.—	91.25	Kais. Müns.-Ducaten.	5.55 5.56
Österr. Ob.-Cred. . .	103.25	104.—	20-Francstück . . .	9.42 9.43
etc. in 33 3. rüd.	86.—	86.25	Breinetzhaler . . .	1.74 1.74 ³
			Silber	116.25 116.75

Telegraphischer Wechselkurs

vom 27. November.

Spec. Metalliques 58.90. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 60.60. — Spec. National-Anlehen 64.90. — 1860er Staatsanlehen 91.90. — Bankaktien 684. — Kreditaktien 243.20. — London 118.85. — Silber 117.—. k. k. Dukaten 5.59¹/₂.